

„Das Gipfeltreffen: Es geht um konkrete Entscheidungen" in 30 jours d'Europe (Oktober 1972)

Legende: In diesem Artikel in der Monatszeitschrift 30 jours d'Europe von Oktober 1972 werden einige gemeinsame Leitlinien für die nächste Gipfelkonferenz am 19. und 20. Oktober in Paris untersucht, die der AStV und die Minister vorbereitet haben. Letztere erzielten unter anderem eine Einigung über die Tagesordnung, die Grundlagen für eine Vereinbarung über die Wirtschafts- und Währungsunion und die Veröffentlichung einer feierlichen Erklärung zusätzlich zum Schlusskommuniqué.

Quelle: 30 jours d'Europe. dir. de publ. Fontaine, François ; RRéd. Chef Chastenot, Antoine. Octobre 1972, n° 171. Paris: Service d'information des Communautés européennes. "La Conférence au Sommet", auteur:Mallet, Jacques , p. 7-8.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/das_gipfeltreffen_es_geht_um_konkrete_entscheidungen_in_30_jours_d_europe_oktober_1972-de-dbb08aea-512b-495c-874e-8bb1283ec5f1.html



Publication date: 05/07/2016

Das Gipfeltreffen

Es geht um konkrete Entscheidungen

Nach Abschluss des Treffens der Finanz- und Außenminister, das am 12. September in den Räumen der Villa Aldobrandini in Frascati in der Nähe von Rom stattfand, sprach der Staatspräsident Georges Pompidou den Regierungschefs der Partnerländer Frankreichs eine offizielle Einladung für das wie vorgesehen am 19. und 20. Oktober stattfindende Gipfeltreffen aus.

Ein schwieriger Weg

Im August 1971 sprach Georges Pompidou, der öffentlich einen Vorschlag Willy Brandts aufgriff, zum ersten Mal von einem neuen europäischen Gipfeltreffen. Für ihn ging es damals um eine Antwort auf die amerikanischen Entscheidungen des 15. August sowie um ein Mittel, gemeinsam gegen die internationale Währungskrise anzugehen.

Die Idee nahm langsam ihren Lauf, begleitet von verschiedenen unvorhergesehenen Ereignissen. Während des Mittagessens zu Ehren des belgischen Premierministers am 2. Juni in Paris hatte der Staatspräsident erklärt, dass er nicht die Verantwortung übernehme, neun Regierungschefs einzuladen, *sollten aus dem Treffen nur vage Absichtserklärungen, Abkommen über nebensächliche Punkte oder, schlimmer noch, schlecht verdeckte Unstimmigkeiten hervorgehen*. Während eines offiziellen Besuchs der niederländischen Königin in Frankreich hatte er mehr oder weniger das Gleiche gesagt. In den folgenden Wochen war man sich über das Schicksal des Gipfeltreffens im Unklaren.

Die französische Regierung bestand darauf, dass die Probleme klar definiert werden müssten, damit das europäische Gipfeltreffen zu konkreten Entscheidungen führen könnte, insbesondere im Währungsbereich. Sie hat ihre Zustimmung zum Abhalten des Gipfeltreffens im Oktober an die Auflage geknüpft, dass genügend Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt würden.

Seither haben die Außen- und Finanzminister und alle Institutionen der Gemeinschaft viel Arbeit geleistet. Im Juli bestand die Ungewissheit noch, aber es war den Finanzministern der erweiterten Gemeinschaft bereits gelungen, zu einer Einigung über die Leitlinien einer gemeinsamen Haltung im Bezug auf die internationalen Währungsprobleme zu gelangen. Im Rahmen des Ausschusses der Ständigen Vertreter wurde ein „Ad hoc-Ausschuss“ mit dem Auftrag gegründet, ein Dokument auszuarbeiten, das den Beratungen der Außen- und Finanzminister als Grundlage dienen sollte. Dieses zusammenfassende Dokument, das zwischen dem 4. und 7. September erstellt wurde, war der Leitfaden für die in Frascati geführten Diskussionen.

Man kann sagen, dass von diesem Zeitpunkt an die Chancen für eine Übereinkunft bezüglich des Treffens am 19. und 20. Oktober sehr gut standen. Bilaterale Zusammenkünfte begünstigten gewisse Annäherungen, insbesondere die Gespräche von Georges Pompidou mit der italienischen Regierung und Bundeskanzler Brandt, sowie die Gespräche von Maurice Schumann mit Walter Scheel und Edward Heath.

Das Treffen in Rom bestätigte diesen optimistischen Eindruck, insbesondere dank der Einigung der Finanzminister im Bezug auf die wirtschaftlichen und monetären Probleme. Die französischen Minister konnten somit am Ende der Gespräche feststellen, dass die Grundlage ausreichend war, um das Gipfeltreffen zu rechtfertigen, wobei sie die endgültige Entscheidung George Pompidou vorbehielten. Dieser sollte sie drei Tage später fällen.

Die drei Themen des Gipfels

Gewiss kann man heute nicht genau die Ergebnisse eines Gipfeltreffens vorhersagen, das noch nicht stattgefunden hat, aber im Bericht der Ständigen Vertreter und in den Diskussionen der Minister waren einige gemeinsame Orientierungen und recht deutliche Übereinstimmungen in einigen Punkten zu erkennen.

Zunächst einmal wurde der Wunsch geäußert, dass die Staats- und Regierungschefs eine feierliche Erklärung veröffentlichen sollten, die dem amtlichen Bericht beigelegt würde. Diese Erklärung sollte an die politischen Prinzipien und die politische Ziele der Europäischen Gemeinschaft, den unwiderrufbaren Charakter des bereits Erreichten und die Notwendigkeit, dieses große Unternehmen zu Ende zu führen, erinnern. Es gibt jedoch keine Unterschiede, was die Form und den Inhalt dieser Erklärung angeht.

In zweiter Linie einigte man sich auf die Tagesordnung des Gipfeltreffens.

Diese soll die drei folgenden Themen behandeln: die Wirtschafts- und Währungsunion sowie den sozialen Fortschritt; die Außenbeziehungen – hier geht es darum, die Persönlichkeit Europas zu bekräftigen, unter Wahrung ihrer Bündnisse und Freundschaften ihre Bereitschaft hervorzuheben, sich dem Osten zu öffnen, sowie ihre Bereitschaft, eine verstärkte Entwicklungshilfe für die Dritte Welt bereitzustellen –; und schließlich die Institutionen und die politische Zusammenarbeit.

Die allgemeine Zielvorgabe besteht darin, durch verschiedene Mittel die Effizienz der Organe zu steigern, ohne die Verträge zu ändern. Einige bestehen jedoch auf der Notwendigkeit, einen Termin für die Wahl des Parlaments durch allgemeine Wahlen festzulegen. Die Ausweitung der Befugnisse der Gemeinschaft scheint von allen akzeptiert zu werden.

Schließlich wird der Wille bekräftigt, zu einer engeren politischen Union zu gelangen, aber übereinstimmend wurde zunächst einmal das heikle Problem der Gründung eines eventuellen politischen Sekretariats beiseite gelassen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Zu diesen allgemeinen Zielvorgaben kommen präzisere Abkommen im Bereich Wirtschaft und Währung.

Zunächst einmal beinhaltet dies die Entscheidung, in der ersten Etappe der Union einen Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit zu schaffen, der die reibungslose Anwendung des Baseler Abkommens über die Einschränkung der Bandbreiten der Währungsschwankungen gewährleistet, indem er die innergemeinschaftlichen Regelungen auf eine multilaterale Basis stellt und kurzfristig die Verwaltung des Währungsbestands gewährleistet. Dieser Fonds wird eine europäische Rechnungseinheit verwenden. Zudem wird das Prinzip der festen Paritäten erneut bestätigt, was zu bedeuten scheint, dass das Pfund in naher Zukunft nicht mehr floaten wird.

Der Kampf gegen die Inflation

Zur Gewährleistung eines Gleichklangs der Wirtschafts- und Währungsunion haben die Minister, die sich mit dem Bericht der Kommission über die wirtschaftliche Situation der Gemeinschaft einverstanden erklärten, schließlich beschlossen, ihre politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation zu koordinieren. Die Verbindung mit den notwendigen politischen Maßnahmen, die die Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion erfordert, wurde näher erläutert. Das bedeutet, dass das Gipfeltreffen sicherlich einige Handlungsgrundsätze festlegen wird, insbesondere im Bereich der Regionalpolitik, aber auch der Industrie-, Forschungs- und Energiepolitik.

Diese Reihe von Übereinkünften mag bescheiden erscheinen. Das heißt aber nicht, dass sie unwichtig ist.

Zwar hat Georges Pompidou in seiner Pressekonferenz hervorgehoben, dass man sich nicht allzu großen Illusionen hingeben sollte. Er war der Meinung, dass das Gipfeltreffen keinen Wendepunkt in der Geschichte darstellen würde, nicht einmal in der europäischen Geschichte, aber er fügte hinzu, dass es viel mehr sei als die bloße festliche Begehung des Beitritts Großbritanniens zur Gemeinschaft, und er bekräftigte seine Überzeugung, dass der Gipfel nützlich sei, wobei er an die Erfolge erinnerte, die bereits im Laufe der Vorbereitungsarbeiten erzielt wurden.

Es ist möglich, und sogar wahrscheinlich, dass die Ergebnisse des Gipfels die gegenwärtigen Erwartungen

übertreffen.

Jacques MALLET